



verband für
häusliche betreuung
und pflege e.V.

• VHBP e.V. · Friedrichstraße 191 · 10117 Berlin · www.vhbp.de ·

European Parliament
Herrn Thomas Mann
Rue Wiertz
Altiero Spinelli 15E115
1047 Brussels / Bruxelles
BELGIEN

Friedrichstraße 191
10117 Berlin

Telefon: 030-20659-427
Fax: 030-20659-200
E-Mail: info@vhbp.de
Web: www.vhbp.de

Vertreten durch Dr. Benedikt Zacher
Vereinsregisternummer:
VR Bonn 9810

Bankverbindung:
IBAN DE29 3705 0299 0045 0512 50
Kreissparkasse KölnBonn

Berlin, 27. Februar 2017

**Vorgeschlagene Revision der Entsenderichtlinie 96/71/EC
bedroht die Betreuung in häuslicher Gemeinschaft (sog. live-in-care)
für ältere und behinderte Menschen in Deutschland**

Empfehlung

Der VHBP fordert, pragmatisch und Fakten-basiert die tatsächlichen Probleme von Schwarzarbeit und illegalen Praktiken zu adressieren und dabei die Besonderheiten des Gesundheitssektors zu sehen. Der Revisionsvorschlag belastet übermäßig KME's und fußt nur auf Mutmaßungen. Man schadet gerade **denjenigen Menschen, die man zu schützen hofft.**

In Deutschland gibt es gegenwärtig auf der Basis des Entsende-Mechanismus keine Alternative zur Betreuung in häuslicher Gemeinschaft von alten Menschen. Der Bedarf an solchen Dienstleistungen wächst in der deutschen Gesellschaft von Jahr zu Jahr. Um den wachsenden Bedarf zu befriedigen und soziale Verwerfungen zu vermeiden, ist sicherzustellen, daß legal erbrachte Dienstleistungen auch weiter bezahlbar bleiben für Haushalte in Deutschland.

Der VHBP ist sehr besorgt über den Revisionsvorschlag der Entsenderichtlinie, der die Versorgung mehrerer Hunderttausend älterer und behinderter Menschen gefährdet, die noch zu Hause leben können, wo sie durch Betreuungspersonen aus Osteuropa versorgt werden.

Die Mitglieder des VHBP befürchten, daß der Revisionsvorschlag:

- Entsendung auf 24 Monate begrenzt, ungeachtet der Lebenserwartung älterer Menschen,
- Ersatz des entsandten Personals unmöglich macht, obwohl das für Betreuungsdienstleistungen unvermeidbar ist,
- kompliziertes Arbeitsrecht schafft, das ambitioniertes EU-Recht mit dem Recht entsendender und aufnehmender Mitgliedsländer vermischt,
- es schwierig macht, die Elemente der Vergütung entsandten Personals zu berechnen,
- **für die Besonderheiten der Dienstleistung für Privatpersonen schlicht nicht paßt.**

www.vhbp.de



Sehr geehrter Herr Mann,

mit über 35 Mitgliedern ist der *Verband für häusliche Betreuung und Pflege e. V. (VHBP)* die größte Vereinigung von Unternehmen, die die Betreuung in häuslicher Gemeinschaft für Tausende von älteren **Menschen in Deutschland organisieren. In den meisten Fällen geschieht dies durch Betreuungspersonen aus Mittel- und Osteuropa.** Diese Betreuungsleistung ermöglicht es älteren Menschen, zu Hause zu leben und nicht in ein Pflegeheim umziehen zu müssen. Solche Betreuungspersonen sind de facto auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht verfügbar.

In Deutschland werden mittlerweile über 200.000 ältere oder behinderte Menschen täglich durch ausländische Betreuungspersonen unterstützt, die mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft leben: Planung des Alltags, Versorgung mit Mahlzeiten, Hilfe bei der Körperhygiene und beim Ankleiden. Auf diese Weise sorgen Betreuungspersonen für Sicherheit und Zuwendung. Betreuung in häuslicher Gemeinschaft beugt Vereinsamung bis hin zur Verwahrlosung vor und kompensiert sich auflösende Familien in einer mobilen, individualistischen Gesellschaft.

In Deutschland wird Betreuung in häuslicher Gemeinschaft wesentlich durch Vermittlungsagenturen organisiert, die mit polnischen oder anderen mittel- und osteuropäischen Entsendeunternehmen kooperieren. Diese **transnationalen Partnerschaften garantieren hohe Qualität der Dienstleistung und faire Arbeitsbedingungen für entsandte Betreuungspersonen.** Sie verwirklichen die Vorteile des Gemeinsamen europäischen Marktes für Bürger, Unternehmen, Konsumenten und Mitarbeiter.

Beachten Sie bitte, daß der Revisionsvorschlag zur Entsenderichtlinie nicht nur große Unternehmen z.B. der Baubranche betrifft, sondern auch die zerbrechliche und sozial wesentliche Branche der Betreuung alter Menschen in häuslicher Gemeinschaft.

Der Vorschlag der Kommission führt neue Vorschriften ein, die die Entsendung von Betreuungspersonen juristisch und ökonomisch unrealistisch machen würde. Vor dem Hintergrund unserer jahrelangen praktischen Erfahrung kommen wir zu dem Ergebnis, daß der Revisionsvorschlag schädliche Folgen haben würde, insbesondere:

1. Massive Erhöhung der Kosten für Betreuung in häuslicher Gemeinschaft,
2. Destabilisierung der für die Gesellschaft essentiellen privaten Betreuungsbranche,
3. Legale ausländische Betreuungspersonen werden durch Schwarzarbeit ersetzt,
4. Zwang zu stationärer Versorgung mit häufig geringerer Lebensqualität,
5. Begrenzung beruflicher Perspektiven für qualifizierte Frauen.

Zu 1. Massive Erhöhung der Kosten für Betreuung in häuslicher Gemeinschaft.

Lt. Revisionsvorschlag haben ausländische Entsendeunternehmen nicht nur die arbeitsrechtlichen Mindeststandards (u.a. Mindestlohn) sondern in den meisten Fällen das gesamte deutsche Arbeitsrecht zu beachten. Das ist schon eine Herausforderung für in Deutschland ansässige Unternehmen. Doch für ausländische Entsendeunternehmen bedeutet das faktisch eine **Diskriminierung, weil sie sich gleichzeitig in zwei Rechtssystemen bewegen müssen, das des Entsende- und das Aufnahmelandes.** Die damit verbundene Bürokratie und Rechtsunsicherheit wird zu zusätzlichen Kosten führen. In Deutschland wird Betreuung in



häuslicher Gemeinschaft v.a. durch Kleinunternehmen organisiert, für die die neuen Regelungen unüberwindbare Hürden darstellen. So daß es zu Marktkonzentration bei wenigen großen Anbietern kommen wird, was zu weiteren Preissteigerungen führt. Im Ergebnis ist damit zu rechnen, daß der Revisionsvorschlag die unverzichtbare legale Betreuung in häuslicher Gemeinschaft austrocknen wird – mit gravierenden Folgen für alte Menschen und ihre Familien.

Zu 2. Destabilisierung der für die Gesellschaft essentiellen privaten Betreuungsbranche

Der Revisionsvorschlag führt zu einer komplizierten Mischung aus Regelungen der EU, des Aufnahme- und des Entsendelandes. Es entsteht ein Minenfeld an Problemen und Rechtsunsicherheiten, das nicht nur für die beteiligten Unternehmen, sondern auch für die Unterstützungsbedürftigen alten Menschen unzumutbar ist.

Es ist nahezu unmöglich, den Revisionsvorschlag korrekt umzusetzen aufgrund der Tatsache, daß die Betreuungspersonen an ihrem Arbeitsplatz in Privathaushalten leben und dort eine ständig sich wandelnde, nur grob definierbare Kombination an Aufgaben erfüllen, die üblicherweise ganz verschiedenen Branchen zugeordnet werden.

Beispielsweise schlägt die Kommission eine Begrenzung der Entsendezeit auf 24 Monate vor. Im Falle einer Betreuung in häuslicher Gemeinschaft ist aber die Entsendezeit abhängig vom Gesundheitszustand und der Lebenserwartung eines alten Menschen. Letztere ist zwar naturgemäß begrenzt – aber nicht zwangsläufig auf 24 Monate! Darüberhinaus ist es geradezu gewollt, daß eine Betreuungsperson genau die gleiche Tätigkeit am gleichen Ort durchführt wie eine Vorgängerperson – das aber wäre nach dem Revisionsvorschlag nicht zulässig.

Zu 3. Legale ausländische Betreuungspersonen werden durch Schwarzarbeit ersetzt

Etwa 90 % der ausländischen Betreuungspersonen in Deutschland sind illegal tätig. Der Schwarzmarkt hat sich schon lange vor der Ost-Erweiterung der EU entwickelt. Heute ist der Schwarzmarkt durch das Internet und die informellen Netzwerke besser organisiert als je zuvor.

In Deutschland liegen die Kosten einer illegal tätigen Betreuungsperson rund 60 % unter denen einer legal entsandten Person aus einem osteuropäischen Mitgliedsland!

Deutsche Vermittlungsagenturen und ihre osteuropäischen Partner sind **schon jetzt im Wettbewerb mit Schwarzarbeitern benachteiligt**. Aber durch die Revisionsvorschläge würden sie aus dem Markt gedrängt. Das hätte zur Folge, daß nur noch eine dünne Schicht finanziell unabhängiger Haushalte eine legale Betreuung in häuslicher Gemeinschaft zahlen kann. Alle anderen Haushalte werden in die Nutzung von Schwarzarbeit gedrängt.

Der Revisionsvorschlag vergrößert die Probleme der Schwarzarbeit, statt sie zu beheben.

Zu 4. Zwang zu stationärer Versorgung mit häufig geringerer Lebensqualität

Wenn der Revisionsvorschlag angenommen wird, können sich viele Familien in Deutschland Betreuung in häuslicher Gemeinschaft für ihre alten Familienangehörigen nicht länger leisten. Sofern sie sie nicht selber betreuen können, **müssen ihre Angehörigen die gewohnte Häuslichkeit verlassen** und in eine stationäre Pflegeeinrichtung wechseln. Das aber ist zum einen nicht die Versorgung, die die allermeisten Menschen wollen. Zum anderen widerspricht das



der Zielsetzung des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes, das zum 1.1.2017 in Kraft getreten ist und die häusliche Versorgung klar priorisiert. Abgesehen davon ist die stationäre Pflege schon lange aufgrund des **dramatischen Personalmangels** an ihre Kapazitätsgrenzen gestoßen.

Zu 5. Begrenzung beruflicher Perspektiven für qualifizierte Frauen

Wenn der Revisionsvorschlag die Betreuung in häuslicher Gemeinschaft unmöglich macht, werden insbesondere **viele Frauen ihre bisherige Berufstätigkeit aufgeben** oder einschränken müssen, weil sie die im Vergleich niedriger qualifizierte Tätigkeit der Betreuung ihrer Elterngeneration übernehmen müssen. Das wird nicht nur ihre **persönliche Einkommenssituation verschlechtern, sondern auch das BIP Deutschlands verringern**. Der erstrebte höhere Anteil berufstätiger hochqualifizierter Frauen wird konterkariert. Die zahlreichen Einbußen an Qualität und Gesundheit am bisherigen Arbeitsplatz aufgrund der ständigen Sorge um die Eltern sind ohnehin nicht meßbar.

Nebeneffekt des Revisionsvorschlags, der behauptet „sozialer“ zu sein, hätte paradoxerweise zur Folge, daß sich die Rentenversicherungsbeiträge und das BIP Deutschlands verringern. Gleichzeitig müssen die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft, alte und behinderte Menschen, einen deutlichen Verlust an Lebensqualität hinnehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt Frederic Seeböhm
Geschäftsführung



verband für
häusliche betreuung
und pflege e.V.

• VHBP e.V. · Friedrichstraße 191 · 10117 Berlin · www.vhbp.de ·

European Parliament
Mr. Thomas Mann
Rue Wiertz
Willy Brandt 03M063
1047 Brussels / Bruxelles
BELGIEN

Friedrichstraße 191
10117 Berlin

Telefon: 030-20659-427
Fax: 030-20659-200
E-Mail: info@vhbp.de
Web: www.vhbp.de

Vertreten durch Dr. Benedikt Zacher
Vereinsregisternummer:
VR Bonn 9810

Bankverbindung:
IBAN DE29 3705 0299 0045 0512 50
Kreissparkasse KölnBonn

Berlin, 27 February 2017

Proposed revision of the Posting of Workers Directive 96/71/EC threatens live-in care for elderly and disabled people in Germany

Recommendations

The VHBP calls for pragmatic, fact-based decisions that address the real problems of undeclared work and illegal practices while paying attention to the specific features of particular sectors. Placing a disproportionate burden on legitimate microbusinesses based on widespread general assumptions **may cause the greatest harm to the people it hopes to protect.**

In Germany, there is currently **no alternative to live-in care services for senior citizens based on the posting of workers mechanism.** The need for these services in German society is increasing every year. The only way to meet the growing demand and avoid social complications is to ensure that lawfully provided services remain affordable for German families.

The VHBP is deeply concerned about the proposed revision of the Posting of Workers Directive, which will put **several thousand elderly and disabled people in Germany currently living at home while receiving professional care from personnel posted from CEE** at risk.

VHBP members worry that the proposed revision:

- places a 24-month time limit on postings, irrespective of how long the senior lives,
- bans the replacement of posted personnel, which is needed in care services,
- introduces complicated and labour law rules, involving an ambiguous combination of EU rules and sending and receiving Member States' regulations,
- makes elements of posted care personnel's "remuneration" difficult to calculate,
- **is inadequate for the specific features of providing services to private persons.**

www.vhbp.de



Dear Mr. Mann,

With over 35 members, the *Verband für häusliche Betreuung und Pflege e. V.* (VHBP) is the largest association of companies **arranging live-in home care services for thousands of German senior citizens**, in most cases through **care personnel from Central and Eastern Europe**. This enables senior citizens to live at home, while receiving professional individual care. Care personnel is *de facto* **unavailable on the German labour market**.

In Germany, over 200,000 elderly and disabled people live at home, receiving everyday assistance from foreign caregivers. Live-in care covers tasks including planning daily activities, providing food, helping with personal hygiene and dressing, alongside ensuring safety, attention, comfort and reassurance. Live-in care for senior citizens mitigates increasing loneliness and even neglect, compensating for the deficiencies of family structures in today's mobile, individualist society.

In Germany, live-in care services are mostly provided through cooperation between German intermediary consultants and **care providers from Poland or other Central and Eastern European Member States**. These **transnational partnership guarantee both top-quality services and fair working conditions for posted caregivers** and fully unleashes the benefits of the Single Market for citizens, businesses, consumers and workers.

Please note that the revision the Posting of Workers Directive will affect **not only large businesses and sectors in e.g. the construction industry, but also fragile and socially-essential ones such as live-in care for senior citizens**.

The Commission's proposal introduces new rules that would make the posting of workers in our sector **legally and economically unrealistic**. Based on our practical expertise, the proposed revision could have **harmful consequences**, including:

1. A massive increase in the cost of live-in care services.
2. The destabilisation of the private home care industry, which is essential to society.
3. The replacement of legally employed foreign caregivers with undeclared workers.
4. A return to lower quality care at stationary nursing institutions.
5. Limited professional perspectives for women caring for their elderly family members.

Ad 1. A massive increase in the cost of live-in care services.

According to the proposed revision, foreign service providers will have to respect not only general protective rules, including the German Minimum Wage Act, but in most cases the entire German labour law. This is even a challenge for German employers. **Foreign service providers will be in a far tougher situation** as they will have to respect **two legal systems at one; that of the sending and the receiving Member State**. The bureaucracy and legal uncertainties will lead to additional costs. In Germany, home care services are provided by **micro- and small-companies**, for which the new obligations, costs and obstacles will become an insurmountable barrier. **Most will cease to exist**, destroying thousands of foreign and domestic jobs and causing huge problems for senior citizens and their families.



Ad 2. The destabilisation of the private home care industry, which is essential to society.

The proposed revision will result in a complicated mixture of EU and sending and receiving member states' regulations. This will create a **minefield of problems and uncertainties** for foreign service providers and their employees.

Implementing the proposed regulations in live-in care services will be practically impossible due to the fact that caregivers live at their workplace, carry out an undefined combination of tasks characteristic to various sectors and, last but not least, **live-in home care services are provided for private persons.**

- For example, the Commission proposes limiting postings to 24 months. However, in the case of live-in care services, the **length of a posting is linked to the length of a senior citizen's life, which is obviously time limited, but may exceed 24 months.** Moreover, if a new caregiver is posted because a particular senior citizen's health has deteriorated, is he or she performing the "same tasks in the same place" as another caregiver posted to the same household in the past?

Ad 3. Replacement of lawfully employed foreign caregivers by undeclared workers

- An estimated **75% of foreign live-in caregivers in Germany are undeclared.** The black market developed long before EU enlargement. Today, it is even better organised, through internet and illegal traffickers' informal networks.

In Germany, under the current rules, the monthly cost of an unregistered caregiver is **less than 60% of the cost** of professional live-in care service provided by **personnel posted from Poland** or another Member State.

German intermediary consultants and their foreign partners are already in a difficult situation, but **revising the Directive will push them** out of the German market. Lawfully provided, professional live-in care services will only be available to a very narrow group of wealthy people. Other German families will be forced to rely on undeclared work.

- It's hard to resist the impression that **the revised Directive would deepen the problems rather than solve them.**

Ad 4. A return to lower quality care at stationary nursing institutions.

If the proposed revision is adopted, many German families may no longer be able to afford live-in care for elderly family members and have to move them to institutionalised nursing facilities. First of all, this is not the kind of care that the people concerned want. Secondly, the cost of services provided by nursing facilities rose drastically as of 01.01.2017, following the revision of the German Act on Strengthening the Care System (*Pflegestärkungsgesetz*). Furthermore, stationary institutionalised care, at least in Germany, reached the limits of its ability to take on new patients a long time ago.



verband für
häusliche betreuung
und pflege e.V.

Ad 5. Limited professional perspectives for women caring for elderly family members.

If the proposed revision makes live-in care services expensive and less available for German families, numerous relatives, especially women, will need to give up or cut back on their (in many cases highly-qualified) jobs to care for their parents. Working less will reduce their personal income and damage German GDP as the number of qualified specialists decreases.

The proposed revision's side effects mean that the Directive, which aims to be "more social", may paradoxically have an negative impact, at least on German society, **reducing pension fund contributions and GDP, while affecting the most vulnerable members of our society; elderly and disabled people.**

Yours faithfully,

Frederic Seeböhm
Attorney at law
General Secretary